

Duso, Tomaso; Podszun, Ruprecht

Article

Geld ausgeben? Ja, aber im Wettbewerb

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Duso, Tomaso; Podszun, Ruprecht (2025) : Geld ausgeben? Ja, aber im Wettbewerb, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 92, Iss. 14, pp. 218-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-14-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/315399>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



TOMASO DUSO UND RUPPRECHT PODSZUN

Geld ausgeben? Ja, aber im Wettbewerb.

Tomaso Duso ist Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin und Vorsitzender der Monopolkommission. Rupprecht Podszun ist Direktor des Instituts für Kartellrecht der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Mitglied der Monopolkommission. Der Kommentar gibt die Meinung der Autoren wieder.



Das Schuldenpaket der künftigen Bundesregierung steht. Über das „Ob“ wurde viel diskutiert. Jetzt drängen sich zwei weitere Fragen auf: Wofür genau soll das Geld eigentlich ausgegeben werden? Und wie? Die Entscheidung über das „Wofür“ erfordert einen gesellschaftlichen Diskurs und eine starke politische Prioritätensetzung. Ebenso entscheidend ist, wie der Staat die Mittel einsetzt. Beschaffung und die Vergabe von Infrastrukturprojekten zählen nicht gerade zu den Paradedisziplinen der Staatsverwaltung. Mit den gewaltigen Summen, die jetzt zur Verfügung stehen, steigt auch das Risiko.

Das wichtigste Gegenmittel: Wettbewerb. Nur er garantiert, dass die Mittel effizient und innovationsfördernd eingesetzt werden. Auch mögliche Nebenwirkungen wie Preissteigerungen und Inflation fallen geringer aus, wenn der Wettbewerb gestärkt wird. Ja, wenn wettbewerbsorientiert agiert wird, bietet sich sogar eine Chance zum Aufbruch. Schon jetzt sollten die Koalitionspartner fünf Grundsätze festschreiben, die das Prinzip Wettbewerb für den Einsatz der Mittel absichern:

Erstens: Die Gelder – insbesondere für Rüstungsausgaben – sollten zumindest europaweit vergeben werden. Derzeit sind Rüstungsmärkte in Europa zersplittert. Den Unternehmen fehlen Größenvorteile und zugleich binden sich Staaten gern an die Unternehmen aus ihrer Heimat. Gerade in der Rüstungsindustrie mit komplexen und langfristigen Großaufträgen besteht die Gefahr von langfristigen Abhängigkeiten. Dies kann vermieden werden, indem von Anfang an auf Wettbewerb gesetzt wird. Dem Verlust von Synergieeffekten stehen Risikostreuung und Wettbewerbsvorteile gegenüber.

Zweitens: Die Beschaffungsverfahren sollten modernisiert werden. Planung und Ausführung sollten so weit wie möglich getrennt werden, um verschiedenen Unternehmen die Chance zu geben, sich zu beteiligen. Die staatliche Innovationsagentur SPRIND zeigt beispielhaft, wie moderne Beschaffung aussehen kann – etwa durch Ideenwettbewerbe und eine flexible Herangehensweise, die verschiedene Lösungswege zulässt, statt ein Ergebnis im Detail vorzugeben.

Drittens: Bei der Beschaffung sollte systematisch Innovation berücksichtigt werden. Zwar wird ein Großteil des Geldes in klassische Infrastrukturprojekte fließen, doch Digitalisierung, KI und Dekarbonisierung treiben auch in diesen Bereichen Innovationen voran. Oft werden die Impulse von Start-ups und Forschungseinrichtungen kommen, sie sollten gezielt eingebunden werden. Um die Großprojekte zu Katalysatoren für die Zukunft zu machen, sollten Spillover-Effekte und dual use (also zivile Nutzung) bei militärischen Erkenntnissen gefördert werden.

Viertens: Wenn die massiven Investitionen einen echten Strukturwandel in der Wirtschaft anschieben sollen, können die staatlichen Behörden nicht stehenbleiben. Das Schuldenpaket sollte Verwaltungsmodernisierung vorantreiben. Behörden leiden unter ihrer Monopolträgheit, aber auch hier kann das Wettbewerbsprinzip zu mehr Effizienz beitragen. Gezielte Anreize für Mitarbeiter*innen, regelmäßige Datenerhebung mit Monitoring sowie gezielte Personalrotation können starre und verkrustete Strukturen aufbrechen.

Fünftens: Je höher die Ausgaben, desto stärker müssen die Sicherungsmechanismen sein. Der Ruf nach Entbürokratisierung darf nicht dazu führen, dass auch das weggeschnitten wird, was an Kontrolle nötig ist. Das Beihilferecht und das Vergaberecht zum Beispiel können und müssen zwar vereinfacht und beschleunigt werden, sie dienen aber dem Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen und Fehl Ausgaben – eine inhaltliche Entwertung wäre aber falsch. Ähnliches gilt für moderne Instrumente, mit denen Korruption und Wettbewerbsverzerrungen aufgedeckt und bekämpft werden.

Die Entscheidung des Bundestags wurde als „historisch“ bezeichnet. Jetzt kommt es darauf an, dass sie der Start für einen Wettkampf um die Zukunft wird.

Dieser Kommentar ist am 27. März 2025 im Handelsblatt erschienen.



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 2. April 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Lavinia Kinne

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).